

Michael Brie

Geschlechterverhältnisse an der Rosa-Luxemburg-Stiftung Überlegungen anlässlich der Tagung „Geschlechter-Aufgabe gendermainstreaming: Abschaffung, Umdeutung oder Aufwertung von Frauenpolitik?“

Tagungen haben zumindest eine Funktion: Sie setzen für Organisationen, durch die sie durchgeführt werden, das Thema auf die Tagesordnung und zwingen – über Ressorts hinaus – zur Auseinandersetzung. Dies gilt vor allem dann, wenn jene, die sonst andere Ressorts bearbeiten und Leitungsaufgaben haben, in die Eröffnung einbezogen sind. Die dringende Aufforderung der Mitarbeiterin der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Silke Veth, an mich, hier zu sprechen, zwang mich, mich dem Thema *Gendermainstreaming* zuzuwenden.

Zunächst aber möchte ich auf zwei persönliche Erfahrungen verweisen – auf die Erfahrungen in der DDR und nach 1990. Die Politik der SED auf die fast vollständige Integration von Frauen in das Erwerbsleben sowie in die unteren Ebenen der politischen Hierarchie hatte sehr widersprüchliche Effekte: Teilweise waren die Berufe und die Einkommen, die in solchen Gruppen erreicht wurden, extrem geschlechterspezifisch differenziert und zugunsten von Männern strukturiert. Dies galt vor allem im Bereich unterhalb der Hochschulqualifikation. Frauen konnten fast nur in bestimmten Sektoren aufsteigen. Dort aber relativ weit. Die Doppelbelastung betraf vor allem Frauen, wenn auch in Kreisen von Universitätsangehörigen sicherlich die Gleichheit bei der Verteilung von Hausarbeit und Kinderbetreuung ziemlich weit vorangeschritten war. Gleichheit und Ungleichheit existierten so scharf und unverbunden miteinander.

Differenzen waren legitimationsbedürftig; soziale Ungleichheit entlang der Geschlechterlinie ideologisch verdächtig. Niemand konnte auf die Sachzwänge von Märkten oder die Globalisierung verweisen. Die Kritik an der DDR und dem Staatssozialismus war zugleich eine Kritik am Widerspruch zwischen Anspruch auf Gleichheit der Geschlechter und realer Ungleichheit, zwischen formalem Recht auf Vertretung von Interessen jener, die ungleich schlechter gestellt waren innerhalb der formalen Gleichheit, und einer Diktatur, die solche eigenständige Interessenvertretung nicht vorsah.

Es gibt aber auch eine zweite Erfahrung, auf die ich verweisen will: 1992 las ich den Artikel eines der wohl prominentesten jüngeren Politikwissenschaftler der westlichen Bundesrepublik über seine Erfahrungen mit Studentinnen und Studenten an der Humboldt-Universität. Hinreichend geschult durch die Diskussion vor und nach der Wende über Geschlechterstereotype fiel mir auf, dass in diesem Artikel den westlichen Studentinnen und Studenten männliche und den östlichen Besuchern seiner Vorlesungen weibliche Eigenschaften zugeschrieben wurden. Jeder, der unter diesem Aspekt entsprechende Umfragen seit 1990 kennt, wird feststellen, dass dies keine einsame (jedoch unreflektierte) Verirrung eines einzelnen beobachtenden Täters war, sondern sehr genau der Selbst- und Fremdbewertung von Ost- und Westdeutschen entspricht. Die gleichen Zuordnungen fände man auch zwischen Europäern und Afrikanern. Wies sagte kürzlich Professor Kum A Ndumbe vom OSI: „Mich fasziniert die Fähigkeit der Deutschen, privat wie in der Gesellschaft Dinge zu gestalten. Aber mich erschreckt ihre wahnsinnige Hilflosigkeit, damit glücklich zu sein.“

Verhältnisse zwischen Menschen sind immer in der Ambivalenz von Kooperation und Ausbeutung, von Partizipation und Unterdrückung. Es sind Aneignungs- und Enteignungs-, Herrschafts-, Macht- und Gegenmachtverhältnisse. Wer nicht von Herrschaft und Eigentum redet, wer Machtverhältnisse nur als Probleme von Kooperation verklärt, darf nicht ernsthaft über Gesellschaften und schon gar nicht über Emanzipation reden. Dies gilt natürlich auch für Geschlechterverhältnisse.

Heike Weinbach schreibt in ihrem Beitrag: „Über die Kunst, Begriffe zu fluten“: „Ziel der Frauenbewegung müsste die radikale Anerkennung des Rechts sein, dass kein Mensch aufgrund seines Geschlechts, seiner Herkunft oder seines Wunsches, an einem selbstgewählten Ort zu leben, seiner sexuellen Orientierung, seiner körperlichen Befindlichkeit, seiner Klassenzugehörigkeit über einen anderen Menschen verfügen, ihn an- oder zurechtweisen oder herabsetzen darf. Damit wäre das alte feministische Universalitätsprinzip als Prinzip der Herrschaftsfreiheit zu reformulieren.“¹ Ich bitte es nicht als Vereinnahmung, sondern als Solidarisierung zu verstehen, wenn ich sage, dass ich dies als eine dezidiert sozialistische Position verstehe.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist sozialistischen Positionen verpflichtet. Dies geht schon aus den realen Schwerpunkten ihrer Arbeit hervor: Ausgrenzung entlang ethnischer, sozial-klassenmäßiger, nationaler oder Genderzuordnungen werden im besonderen Maße bildungspolitisch thematisiert. Dies verbindet sich mit Kapitalismusanalyse und –kritik, mit der Auseinandersetzung zum Neoliberalismus, der Diskussion von Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnissen.

Die Frage, der ich mich in aller Knappheit zuwenden will, ist aber: Ob eine Stiftung, die den Namen einer Jüdin, Polin, Sozialistin trägt, einer Frau, die von deutschen Männern als rote Hure beschimpft, eingesperrt und erschlagen wurde, ob eine solche Stiftung in sich herrschaftsfrei und emanzipativ ist, ob von einer Gleichheit bezogen auf die Geschlechterverhältnisse gesprochen werden kann.

Die Stiftung hat in ihrer Satzung eine Politik der Quotierung als Orientierung vorgegeben. Dies hatte Auswirkungen auf die Politik der Aufnahme von Mitgliedern in den Verein, der die Stiftung trägt. Von 51 Mitgliedern sind 20 Frauen und 31 Männer. Im neunköpfigen Vorstand sind fünf Frauen und vier Männer. Auf der hauptamtlichen Leitungsebene sieht das Verhältnis anders aus: Unter den drei Mitgliedern des Geschäftsführenden Ausschusses ist nur eine Frau. Unter den sechs BereichsleiterInnen sind wiederum nur zwei Frauen. Bei den ReferentInnen und wissenschaftlichen MitarbeiterInnen ist das Verhältnis fast ausgewogen. Bei den SachbearbeiterInnen dagegen gibt es 10 Frauen und nur drei Männer. Auf der untersten Gehaltsstufe ist das Verhältnis wieder gleich. Aus dem Ungleichgewicht auf den oberen und auf den unteren Ebenen ergibt sich ein zahlenmäßiges Übergewicht von Frauen (26 zu 22) und ein qualitatives Ungleichgewicht zugunsten von Männern, die direkten Einfluss auf Entscheidungen nehmen können.

Es ist das erklärte Ziel des Vorstandes der Rosa-Luxemburg-Stiftung, auf der Leitungsebene mittelfristig Verschiebungen zugunsten eines höheren (gleichen) Anteils von Frauen zu erreichen. Umgekehrt wäre aber auch zu diskutieren (wurde interessanter Weise aber bisher völlig übersehen), ob dies nicht auch auf die unteren Lohngruppen zutreffen sollte. Gegenwärtig sind es vor allem Männer, die weisungsberechtigt, und vor allem Frauen, die Weisungsempfängerinnen sind. Den

¹ Heike Weinbach: Über die Kunst, Begriffe zu fluten. Die Karriere des Konzepts „Gender Mainstreaming“. In: Forum Wissenschaft, Nr. 2, April 2001, S. 10.

Begriff der Herrschaftsfreiheit würde ich in diesem Zusammenhang nicht auf die Stiftung anwenden. Aber auch nicht den der Kooperationslosigkeit.

Die Frage der Gleichstellung der Geschlechter und einer emanzipativen Gestaltung der Geschlechterverhältnisse wird an unserer Stiftung prinzipiell positiv gesehen. Aktivitäten auf diesem Gebiet wird kein Widerstand entgegengesetzt, Ressourcen bewilligt. Damit ist aber zugleich gesagt, dass dieses Feld jenen überlassen wird, die sich teils qua Amt, teils qua eigener Betroffenheit engagieren. Es gibt das Bemühen, Fragen der Geschlechterverhältnisse als Querschnittsaufgabe durchgehend in die politische Bildung zu integrieren. Dies erfolgt aber weitgehend durch die Einbeziehung von Frauen bzw. der Ressortverantwortlichen der Stiftung selbst in die Projekte. An sie wird die Verantwortung für die Vertretung des Aspekts von Geschlechterverhältnissen und Emanzipation von Frauen delegiert.

Der Etablierung der Rosa-Luxemburg-Stiftung in den letzten zwei Jahren folgt jetzt die Phase der Konsolidierung. Dazu gehört auch, Gendermainstreaming zu einer Führungsaufgabe zu machen, die Arbeit der Stiftung unter dem Aspekt der Geschlechterverhältnisse zu reflektieren, die theoretische Weiterbildung zu intensivieren und alle einzubeziehen, auch zu prüfen, ob nicht ein Gendertraining notwendig wäre.

Es ist ja insgesamt bemerkenswert, dass ein Konzept aus der sog. Entwicklungspolitik plötzlich auf die sog. entwickelten Länder selbst angewandt wird. Allein dieser Umstand wirft ein Licht auf das Konzept selbst: Es ist ein hierarchisches Modell. dies hat es mit der Gleichstellungspolitik der DDR gemeinsam. Sie könnte wie diese auch dazu beitragen, dass es sich vor allem mit Ungleichheiten für die oben besser leben lässt.

Bei der Entwicklung unserer eigenen Auslandsarbeit ist mir deutlich geworden, dass die eigentliche Frage sein dürfte, ob durch unsere Arbeit strukturell benachteiligte Gruppen gestärkt werden, ob Ressourcen an sie umverteilt werden, ihre Fähigkeit, autonom Interessen zu artikulieren und wirksam zu vertreten, sich erhöht, ob ihre Organisations- und Kooperationsfähigkeit sich dabei entwickelt. diese Frage muss sich die Stiftung auch bezogen auf die interne Struktur stellen.

Es trifft meines Erachtens den Kern, wenn Susanne Schunter-Kleemann vor der technokratischen Verführung des Gender-Mainstreaming-Ansatzes warnt.² Die bruchlose Integration von Fragen der Gleichstellung kann auf die Beseitigung von besonderen Orten, von Gegenmacht, von Selbstorganisation hinauslaufen und damit auf eine macht- und herrschaftskonforme Anpassung überholter Ungleichgewichte hinauslaufen. Auf der einen Seite würden vermehrt Frauen in die oberen Etagen der Hierarchien integriert, zugleich würde die unteren Etagen kräftig ausgebaut werden. Aus dem emanzipativen Projekt der Frauenbewegung würde ein kapitalistisch-bürokratisches Modernisierungsprojekt.

Lassen Sie mich mit zwei selbstkritischen Bemerkungen schließen:

Erstens: Die internen Konflikte der Rosa-Luxemburg-Stiftung wurden bisher primär als Ost-West-Konflikte thematisiert. Eine ernsthafte Diskussion darüber, inwieweit sie auch mit dem Rollenverständnis als Männer und Frauen, mit eingeübten Überwältigungs- und Vereinnahmungsstrategien, mit machtbewusster Präsentation

² Vgl. Susanne Schunter-Kleemann: Doppelbödiges Konzept. Ursprung, Wirkungen und arbeitsmarktpolitische Folgen von „Gender Mainstreaming“. In: Forum Wissenschaft, Nr. 2, April 2001, S. 24.

der sog. typisch männlichen Eigenschaften, aber auch unsouveräner Abwehr, nicht aufgearbeiteten Traumatisierungen erlebter männlicher Machtstrategien verbunden sind, wurde bisher nicht geführt. Weder Zeit noch Raum dafür sind gelassen. Versuche des Konfliktmanagements haben die möglichen Ursachen solcher Konflikte nicht zum eigenen Gegenstand gemacht.

Zweitens: Wir sind eine Stiftung, die keine Menschen mit Behinderungen und keine Bürgerinnen und Bürger eingestellt hat, deren Geburtsort nicht in Deutschland gewesen wäre. Ginge man nur von einer Repräsentation dieser Gruppen entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung der Bundesrepublik aus, dann müssten wir je zwei oder drei AusländerInnen und zwei oder drei Menschen mit Behinderungen angestellt haben. Eine Rollstuhlfahrerin oder ein Rollstuhlfahrer können bei uns aber nicht einmal eine Toilette benutzen. Wir müssen uns mit Strategien von Herrschaft und Emanzipation intensiv auseinandersetzen. Dies erhoffe ich mir von dieser Tagung.